



NR^o1
Januar 2020

AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Foto: Dirk Meisel

NEIN ZUR KÜNDIGUNGSINITIATIVE

... An der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der EVP Schweiz in Weinfelden fassten die Delegierten Ende November 2019 deutlich die Nein-Parole zur Kündigungs-Initiative der SVP. Sie erteilten Stimmfreigabe zur Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm und sagten Nein zur Wohnraum-Initiative.

Mit 102 zu 3 Stimmen fassten die Delegierten klar die Nein-Parole zur Begrenzungsinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» der SVP, auch als Kündigungsinitiative bekannt. Sie stellten sich damit deutlich hinter den bilateralen Weg der Schweiz mit der EU, den auch die Bevölkerung bereits mehrfach an der Urne bestätigt hat. Das Freizügigkeitsabkommen erlaubt es heute Schweizer Firmen, dort fehlende Arbeitskräfte zu rekrutieren, wo es nötig ist. «Um Schweizer Qualität, Innovation, Verlässlichkeit und Wertschöpfung zu gewährleisten, muss dieser Zugang zu Fachkräften aus dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt garantiert bleiben», bekräftigte EVP-Parteipräsidentin Marianne Streiff in ihrem Contra-Votum. Eine Annahme der Initiative würde der Schweiz die Möglichkeit verbauen, am europäischen Markt teilzunehmen und diesen mitzugestalten – mit verheerenden Folgen für die Wirtschaft, etwa für den Export, die Planungssicherheit und den Marktzugang. «Es ist zu einfach, in der Kündigung der Personenfreizügigkeit die eine Lösung aller unserer Probleme zu sehen», machte Marianne

Streiff deutlich. Die negativen Folgen des Wirtschaftswachstums für Verkehrsinfrastruktur, Bodenpreise, Umwelt oder ältere Arbeitssuchende müssen mit gezielten Massnahmen in ihrem Bereich gelöst werden.

Zum Referendum gegen die Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm erteilten die Delegierten nach intensiver und sachlicher Diskussion schliesslich mit grossem Mehr Stimmfreigabe. Die Parolenfassung war mit nur 4 Pro-Stimmen Unterschied sehr knapp ausgefallen.

Mit 80 zu 19 Stimmen fassten die Delegierten die Nein-Parole zur Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen». Sie votierten damit zwar gegen eine starre Quote in der Verfassung, aber deutlich für den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates: Er will den Rahmenkredit für den erprobten Fonds de Roulement zur Förderung genossenschaftlichen Wohnens auf 250 Millionen Franken aufstocken. Denn für verschiedene Bevölkerungsgruppen bleibt es trotz aller Marktentspannung regional schwierig, angemessenen und finanziell tragbaren Wohnraum zu finden.

AM START

3

Die neue Mitte-Fraktion aus CVP, EVP und BDP. Die GeneralsekretärInnen über ihre Erwartungen.



IM GESPRÄCH

Die neue Generalsekretärin der *jev, Rebecca Renfer. Im grossen Interview erzählt sie was sie motiviert, wofür sie steht, was sie will.

4 - 5

IM FOKUS

6 - 7

Kann man die Ehe für alle sachlich diskutieren? Ja, zeigen NR Marianne Streiff und NR Nik Gugger.



Respekt

Mein Motto im Ständeratswahlkampf lautete: «Auflösen der Blockaden zwischen den Pol-Parteien». Nur wenn wir uns gegenseitig zuhören und uns auch bei unterschiedlichen Meinungen respektieren, können wir gemeinsame Ziele erreichen.

Und nun stehe ich zu Beginn der neuen Legislatur ausgerechnet parteiintern zwischen zwei schier unversöhnlichen Polen. Und zwar beim Thema «Ehe für alle». In der EVP wird diese Frage landauf landab momentan extrem emotionsgeladen diskutiert. Extrem bezeichne ich den parteiinternen Diskurs deshalb, weil es bereits Parteaustritte gibt deswegen. Und emotionsgeladen, weil oft die Sachlichkeit in den Hintergrund gerät, und EVP-Exponenten sich auf Sozial-Media gegenseitig persönlich angreifen. Das kann nicht unser Stil sein und schadet unserer Partei!

Man kann aus verschiedenen Blickwinkeln heraus durchaus zu unterschiedlichen Ansichten kommen. Diese Spannung gilt es auszuhalten. Deswegen aus der Partei auszutreten, ist keine Lösung (oder lasst ihr euch auch gleich scheiden, wenn eure Partnerin oder Partner in einem Thema eine andere Meinung vertritt?).

Ich nehme die Gespaltenheit in der Frage der «Ehe für alle» ernst. Ich will auch wirklich wissen, wie unsere Basis darüber denkt. Am 1. Februar werden wir deshalb eine Fokustagung zu diesem Thema mit verschiedenen Fachreferaten durchführen. Das bietet allen Gelegenheit, sich vertieft damit auseinanderzusetzen und zu diskutieren. An diesem Tag wird keine Parole gefasst. Wir werden anschliessend eine Befragung aller Mitglieder durchführen. Bitte, macht dann alle mit! Damit wir die Haltung der EVP zu dieser Frage wirklich kennen. Ich hoffe sehr, dass beide Seiten dann den Ausgang dieser Befragung akzeptieren. In der EVP hatte es seit jeher Platz für unterschiedliche Meinungen und Haltungen. Das soll auch so bleiben! Ich wünsche uns allen dazu den gegenseitig nötigen Respekt, die Liebe, die Weisheit und Gottes Segen!

Herzlich eure

Marianne Streiff

EVP AUF SOCIAL MEDIA



www.facebook.com/evppev



[@evppev](https://twitter.com/evppev)

Beschlossen von der Delegiertenversammlung vom 30. November 2019 in Weinfelden für die Volksabstimmung vom 9. Februar und 17. Mai 2020:

ÄNDERUNG DES STRAFGESETZBUCHES UND DES MILITÄRSTRAFGESETZES (DISKRIMINIERUNG UND AUFRUF ZU HASS AUFGRUND DER SEXUELLEN ORIENTIERUNG) **SFG***

*Stimmfreigabe



**VOLKSINITIATIVE
«MEHR BEZAHLBARE
WOHNUNGEN»**

NEIN



**VOLKSINITIATIVE
«FÜR EINE MASSVOLLE
ZUWANDERUNG
(BEGRENZUNGSINITIATIVE)»**

NEIN

O-TON



Philipp Loser im Tagesanzeiger online vom 5.12. 2019 über die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung unter 100'000 Schweizerinnen und Schweizern:

«Die Auswertung zeigt, dass viele Klischees einen wahren Kern haben. Das stimmt besonders, wenn man die Bewertung nach politischer Einstellung aufschlüsselt. Grundsätzlich am meisten Mühe mit der Lüge per se haben Leute, die der EVP und der CVP nahestehen. Leute aus der EVP mögen es gar nicht, wenn man über seinen Glauben lügt oder eine HIV-Ansteckung verheimlicht.»



EVP-Kantonsrat Daniel Sommer wird im Oltenener Tagblatt online vom 30.11. zitiert:

«Der Zürcher EVP-Politiker Daniel Sommer sagte es im Kantonsrat so: «If you pay peanuts you will have monkeys.» Mit anderen Worten: Ist die Bezahlung schlecht, ist es auch das Personal.»



Zum Wohl unseres Volkes

Die 51. Legislatur des Bundesparlaments hat begonnen! Unter den 200 Nationalrätinnen und Nationalräten waren 68 Neugewählte. Historisch ist der hohe Frauenanteil in der Grossen Kammer, dieser stieg von 32% auf 42%. Sitzgewinne konnten die Grünen, die GLP und die EVP für sich verbuchen, das Parlament hat sich zudem verjüngt. Nennenswert ist auch «Die Mitte-Fraktion. CVP-EVP-BDP.», die es so noch nicht gegeben hat. Dies alles darf ich nicht nur als Bürgerin miterleben, ich bin sogar ein Teil davon. Die EVP konnte am 20. Oktober 2019 einen zusätzlichen Sitz gewinnen. Der 2. Dezember 2019, mein Vereidigungstag, wird für mich zudem ein unvergesslicher Tag bleiben. Nun hat die EVP-Delegation in Bern mit 2/3 den höchsten Frauenanteil aller Parteien. In der neuen Fraktion der Mitte dürfen wir uns einbringen. Die politische Arbeit fängt aber erst richtig an, worauf ich mich freue und gespannt bin. Mit der Verpflichtung – wie für alle anderen Gewählten auch – dem Wohl unseres Volkes und unserem Land zu dienen.

LILIAN STUDER,
NATIONALRÄTIN EVP CH
 lilian.studer@parl.ch

DIE NEUE «MITTE-FRAKTION. CVP-EVP-BDP»

DURCHBRUCH FÜR TRAGFÄHIGE LÖSUNGEN

⋮ Mit der Wintersession ging auch die neue Mitte-Fraktion. CVP-EVP-BDP an den Start. Die drei GeneralsekretärInnen sprechen über ihre Erwartungen.



Gianna Luzio, Jahrgang 1980,
Generalsekretärin CVP seit
Oktober 2018



Roman Rutz, Jahrgang 1985,
Generalsekretär EVP Schweiz
seit Juli 2018



Astrid Bärtschi, Jahrgang 1973,
Generalsekretärin BDP seit
April 2017

Fotos: ZVG

Die neue «Die Mitte-Fraktion. CVP-EVP-BDP.» wird die drittstärkste Fraktion im neuen Parlament. Was für Vorteile bringt diese Grösse mit sich oder wäre man mit zwei kleineren Fraktionen neben der CVP nicht besser gefahren?

Die Polparteien bilden allzu oft Blockaden und verursachen Reformstau. Die Mitte-Fraktion ermöglicht eine engere Zusammenarbeit der Mitte. Das gibt uns mehr Gewicht beim Aushandeln und Finden von Kompromissen. Als drittstärkste Fraktion besteht zudem die Möglichkeit, stärker in Kommissionen vertreten zu sein.

Eine grosse Fraktion ist schlagkräftig und hat Gewicht im Auftreten. Insbesondere bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen wird das Augenmerk immer wieder auf der Mitte-Fraktion liegen. CVP-EVP-BDP gerichtet sein. Bei kleinen Fraktionen wäre uns diese Bedeutung und Aufmerksamkeit nicht gewiss gewesen.

Zwei kleinere Fraktionen hätten vordergründig den Vorteil von besserer Sichtbarkeit der einzelnen Parteien gebracht. Aber der Zusammenschluss zur Mitte-Fraktion ist ein starkes Zeichen für eine gebündelte Mitte, die mit der stärkeren Polarisierung der Politlandschaft noch wichtiger geworden ist.

Wo seht ihr inhaltlich-politisch überschneidende Themen- und Handlungsfelder, welche die drei Fraktionspartnerinnen proaktiv gemeinsam angehen wollen?

Gerade bei den schwierigen Geschäften wie der Altersvorsorge, den Gesundheitskosten, der Klimapolitik oder Europa zeigt sich, dass sie nicht gelöst werden können, wenn wir die Hauptarbeit den Polparteien überlassen. Hier wollen wir als Mitte eine gestalterische Position einnehmen.

2019 war eine Klimawahl und unserer Fraktion wird eine wichtige Rolle in diesen Fragen zukommen. Hier sollten wir gemeinsam für griffige Massnahmen kämpfen und sinnvollen Lösungen zur Senkung des Energiehunger und des CO₂-Ausstosses zum Durchbruch verhelfen.

Ganz sicher in einer nachhaltigen Umwelt- und Energiepolitik, in der Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zur Europäischen Union und auch in der Stärkung der Generationengerechtigkeit haben wir gemeinsame Ziele und Vorstellungen darüber, wie diese zu erreichen sind.

Welche Erwartungen habt ihr an die neue Fraktion der Mitte?

Dass wir uns zusammen für tragfähige Lösungen für unser Land einsetzen und dank der Bündelung unserer Kräfte auch besser durchsetzen können.

Unsere gemeinsame Fraktion soll ihre Position in der Mitte nutzen, um mehrheitsfähige Lösungen zu schmieden und diesen zum Durchbruch zu verhelfen.

Ich erwarte von der Mitte-Fraktion, dass sie Sachpolitik macht, Lösungen und Kompromisse anstösst und vermittelt.

«Ich trage Verantwortung als Christin, unsere Gesellschaft aktiv mitzugestalten»

Seit drei Monaten ist sie nun im Amt: Rebecca Renfer, die neue Generalsekretärin der *jevp Schweiz. Sie hat einen Bachelor in Englisch, war mit Youth with a Mission in Australien, arbeitete mehrere Jahre in der Hauswirtschaft eines Altersheims und bereitet sich aktuell auf ein Tanzstudium vor. Was motiviert sie, sich nun auch aufs politische Parkett zu wagen? Welche Erwartungen, Vorstellungen und Ideen bringt sie mit? Welche Schweiz wünscht sie sich für ihre Generation?



Rebecca Dafna Renfer, 25, Bachelor Englisch, EVP-Parlamentsmitglied Münsingen, seit Oktober 2019 Generalsekretärin der *jevp Schweiz

Rebecca, du bist seit knapp 4 Monaten Generalsekretärin der *jevp. Wie sieht deine Bilanz der «ersten 100 Tage» aus?

Ich habe das Vorrecht in einem innovativen, engagierten und vielseitig versierten Team zu arbeiten. Die Anstellung als Generalsekretärin ist vielseitig. Ich fühle mich wohl und gleichzeitig gefordert – eine der besten Kombinationen, um sich einbringen zu können und gleichzeitig zu wachsen. Ich freue mich daher sehr auf das nächste Jahr und bin dankbar, dass ich mit der *jevp unterwegs sein kann.

ben?

Zum einen weil ich mich immer wieder aus meiner persönlichen Komfortzone und dem mir Vertrauten bewegen möchte. Zum anderen reizte mich der abwechslungsreiche Aufgabebereich in einem politischen Setting.

Welche Motivation treibt dich an, dich politisch zu engagieren?

Demokratie braucht konkretes Engagement. Ich sehe mich in

auch als Christin, unsere Gesellschaft aktiv mitzugestalten und zu prägen.

Was müsste sich aus der Sicht deiner Generation in der Schweiz verändern und was sollte man unbedingt beibehalten?

Repräsentativ für eine ganze Generation antworten zu können, scheint mir nur bedingt möglich. In meinem Umfeld erlebe ich, wie junge Leute die Ungewissheit um die

«Demokratie braucht konkretes Engagement. Ich sehe mich in der Verantwortung als Mitmensch, junge Frau und gerade auch als Christin, unsere Gesellschaft aktiv mitzugestalten und zu prägen.»

Weshalb hast du dich um dieses Amt bei der *jevp bewor-

der Verantwortung als Mitmensch, junge Frau und gerade

Altersvorsorge und den Klimawandel stark beschäftigt. Für diese zwei Themen müssen wir bald generationengerechte Lösungen finden. Ich denke, dass wir SchweizerInnen viele Privilegien geniessen – auch oder gerade auch auf politischer Ebene. Ich bin dankbar für unser System der direkten Demokratie und wünsche mir, dass diese durch nachhaltige Werte wie Nächstenliebe, Redlichkeit, Empathie und Güte geprägt sein darf. Dort, wo sie dem nicht entspricht, liegt meiner Ansicht nach unsere Arbeit. Weiter ist es mir ein Anliegen, die politische Mitte gestärkt zu sehen. Eine grosse Breite an politischen VertreterInnen des Volkes muss auch in Zukunft gewährleistet sein. Der Tendenz einer Zwei-Lager-Politfront gilt es auch bei



Fotos: Rebekka Kipfer

Will unsere direkte Demokratie mit Werten wie Nächstenliebe, Redlichkeit, Empathie und Güte prägen: Rebecca Renfer.

IM GESPRÄCH: DIE NEUE GENERALSEKRETÄRIN DER *JEVP SCHWEIZ REBECCA RENFER

uns entgegen zu wirken.

Wofür schlägt dein Herz? Wofür willst du dich politisch inhaltlich zusammen mit der *jevp besonders engagieren?
Mein Engagement als Lokalpolitikerin liegt besonders in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Umwelt und Kultur. Als *jevp möchten wir uns im kommenden Jahr beim Zivildienstgesetz

«Wir wollen gerade jungen ChristInnen eine Plattform bieten, damit sie sich aus Nächstenliebe für Mensch und Umwelt in unserer Gesellschaft einbringen können.»

besonders einbringen.

Welche Herausforderungen siehst du für dich und die *jevp für die kommenden drei bis fünf Jahre? Was wollt ihr verändern, wo müsst ihr anpacken? in welche Richtung wollt ihr euch entwickeln?

Gibt es schon konkrete Ideen?
Eine Herausforderung bleibt, sich neben den grossen Playern zu behaupten. Wir wollen unsere Sichtbarkeit in den öffentlichen und sozialen Medien weiter ausgestalten und erhöhen, indem wir mit unseren eigenen Inhalten und klaren Schwerpunkten Präsenz zeigen.

Welches Potenzial siehst du bei der *jevp und wie willst du

es freisetzen?

Wir haben viele motivierte Hände, die sich mit Herz und Verstand einzusetzen wissen. Wir können durch gute Zusammenarbeit viel erreichen. Indem wir die Basis stärken und uns schweizweit gut vernetzen, können wir einander gezielt unterstützen und gegenseitig Stärken bewusst nutzen.

Was sind eure Vision und eure Ziele für die *jevp?

Wir wollen gerade jungen ChristInnen eine Plattform bieten, damit sie sich aus Nächstenliebe für Mensch und Umwelt in unserer Gesellschaft einbringen können.

In der Schweiz herrscht der Trend, dass eher die älteren Menschen an die Urne gehen und über die Zukunft der Jungen entscheiden – weil diese zuhause bleiben. Wie möchtest du vermehrt junge Menschen für ein verantwortliches politisches Engagement gewinnen?

Damit sich ein Mensch politisch engagieren kann, braucht er Vorbilder, ein Gegenüber



Rebecca Renfer, neue Generalsekretärin der *jevp Schweiz

und eine Vision. Politik muss für Menschen persönlich und greifbar sein. Dafür braucht es Begegnungen und Beziehungen, die nachhaltig sind und die Basis für einen offenen und differenzierten Dialog bilden. Ich möchte daher besonders in Beziehungen und in Konversationskultur investieren, jungen Menschen ihr Potential sowie

den Wert und die Wichtigkeit ihrer Stimme verdeutlichen und sie für den politischen Dialog sensibilisieren.

Rebecca, vielen Dank für das Gespräch!

**INTERVIEW: DIRK MEISEL
LEITER KOMMUNIKATION EVP CH**
dirk.meisel@evppev.ch

Anzeige

TERMINE 2020

- 21.01.** Parteivorstand
- 01.02.** Fokustag «Ehe für alle», Bern
- 09.02.** Eidgenössische Volksabstimmung
- 02.03. - 20.03.** Frühlingssession des eidgenössischen Parlaments

Frohes Schaffen!

Neu mit YP PreFORUM

Rabatt-Code für
EVP-Mitglieder:
FCF2020_EVP

FORUM
CHRISTLICHER
FÜHRUNGSKRÄFTE

Infos und Anmeldung:
www.forum2020.ch

5. Forum christlicher Führungskräfte
Freitag, 20. März 2020, 9–21 Uhr
Kongresszentrum Parkarena Winterthur

«Darf mir jemand das Christsein absprechen, nur weil ich eine andere Position habe?»

Soll die Institution der Ehe auch für homosexuelle Menschen geöffnet werden? Sollen gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren können? Und wie steht es mit dem Zugang zur Fortpflanzungsmedizin? Gesellschaftspolitische Weichenstellungen, die uns im neuen Jahr rund um die Vorlage zur Öffnung der Ehe auch als Partei beschäftigen. Ein Gespräch mit Marianne Streiff und Nik Gugger zeigt: Die Positionen sind unterschiedlich, aber die Herzenshaltung ist dieselbe – Respekt und Wertschätzung für den anderen.

Nik, du hast dich bereits im Sommer in einer Fernseh-sendung des SRF klar für die «Ehe für alle» ausgesprochen. Weshalb bist du dafür?

Nik: Wenn zwei Menschen sich lieben und verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen wollen, dann soll ihre Gemeinschaft auch anerkannt werden – egal welche sexuelle Orientierung sie haben. Meiner Meinung nach sollen die staatspolitischen Bestimmungen für Ehepartner auch für gleichgeschlechtliche Paare gelten. Es kann doch nicht sein, dass sich Schweizerinnen und Schweizer in öffentlichen Dokumenten durch die Angabe ihres Zivilstandes als homosexuell outen müssen – und sie deswegen nicht in Länder reisen können, in denen Homosexualität mit Gefängnis oder gar dem Tod bestraft wird. Zudem ist es doch ein tolles Signal für die Ehe, die so auch gestärkt wird, weil noch mehr Personen eine Ehe schliessen wollen. Das zeigt doch: Die Ehe ist kein Auslaufmodell, sondern muss lediglich staatspolitisch angepasst werden. Ob ein Pfarrer sie dann auch in der Kirche segnen will oder nicht, soll weiter jeder kirchlichen Gemeinschaft selbst überlassen werden. Mir ist wichtig, dass wir innerhalb und ausserhalb der Partei die gesamte Diskussion um dieses Thema respektvoll und mit Anstand führen. Es kann mir doch niemand das Christsein absprechen, nur weil ich meine Position staatspolitisch begründe.

Marianne, du hast dich in einem Interview mit SRF gegen

die Öffnung der Ehe ausgesprochen. Warum?

Marianne: Wenn es nur um die gleichen Rechte für zwei Menschen ginge, die sich lieben und verbindlich füreinander da sein wollen, bin ich ganz Niks Meinung. Da müssen die bestehenden Gesetze so ausgestaltet werden, dass es keine Ungleichheiten mehr gibt, etwa bei Güterstand und Vermögensrecht, bei der Einbürgerung

«Wenn zwei Menschen sich lieben und Verantwortung füreinander übernehmen wollen, soll ihre Gemeinschaft auch anerkannt werden.» Nationalrat Nik Gugger

oder der Hinterlassenenrente. Aber die Konsequenzen der «Ehe für alle» gehen viel weiter: Sie will auch die Voll-Adoption und im nächsten Schritt die Fortpflanzungsmedizin für homosexuell empfindende Menschen öffnen, weil ja logischerweise die gleichen Rechte wie für heterosexuelle

Ehepaare gelten. Wenn wir die Samenspende für lesbische Paare zulassen, müssen wir auch die Eizellenspende und die Leihmutterchaft für schwule Männer erlauben – sonst wäre das ja wieder eine diskriminierende Ungleichheit. Das sind die Konsequenzen dieser Öffnung, die viele nicht sehen und die ja auch von den Befürwortern bewusst ausgeblendet werden. Und da sind wir an

einem Punkt, der mir definitiv zu weit geht. Es ist für mich von der Schöpfung her einfach nicht so angelegt, dass lesbische oder schwule Paare Kinder bekommen können.

Nik: Marianne, jetzt vermischst du aber zwei Gesetze. Die Eizellenspende und die Leihmutterchaft ist und bleibt

für homo- und heterosexuelle Paare verboten. Dies bedingt eine Verfassungsänderung von Art 119. Das steht bei der kommenden Abstimmung über die «Ehe für alle» überhaupt nicht zur Diskussion.

Marianne: Die zuständige Kommission hat in ihrem Bericht offen benannt, dass sie die Diskussion über die gesamte medizinisch gestützte Fortpflanzung lediglich auf einen späteren Zeitpunkt verlagern will, um die Öffnung der Ehe in der aktuellen Abstimmung nicht zu gefährden. Sie hat aber die Samenspende für lesbische Paare bereits als Variante in die Vorlage mit eingebaut, die im Frühjahr in den Nationalrat kommt. Man darf gespannt sein, wie dafür die Mehrheiten ausfallen. Wenn sie rauskippt, kommt sie einfach zu einem späteren Zeitpunkt. Man muss sich das einfach nüchtern vor Augen halten: Leihmutterchaft ist ein Vertrag, in dem eine Frau akzep-



Trotz unterschiedlicher Positionen in der Sache ...

tiert, ein Kind für jemanden anderen zu gebären und es nach der Geburt an den Vertragspartner zu übergeben. Das Kind wird damit zum Vertragsgegenstand, zur kaufbaren Ware. Gerade die kommerzielle Leihmutterchaft verstösst klar gegen die UN-Konventionen, die den Handel mit Frauen und Kindern verbieten. Die Risiken für Mutter und Kind – Stichwort Menschenhandel – sind nicht zu unterschätzen. Und eines haben mir schwule Männer ganz klar gesagt: Wenn lesbische Frauen das Recht erhalten, durch Fortpflanzungsmedizin Kinder zu bekommen, dann können wir das dank des Gleichstellungsgesetzes auch einfordern. Und bei schwulen Männern funktioniert es eben letztlich nur mit Leihmutterchaft.

Nik: Ich bin deiner Meinung, dass man ethische Leitplanken erarbeiten muss, aber noch einmal: Wir stimmen im nächsten Jahr nicht über Embryonen- und Eizellenspende ab und schon gar nicht über Leihmutterchaft. Auch in Deutschland, Österreich und Frankreich gibt es trotz Eheöffnung keine Leihmutterchaft.

Nik, wie stehst du zur Adoption für homosexuelle Paare?

Nik: Weshalb sollen denn gleichgeschlechtliche Paare keine Kinder adoptieren? Es spricht ihnen ja wohl keiner ernsthaft ab, dass sie Kinder genauso gut oder sogar besser



Fotos: Rebekka Kipfer

... fair und respektvoll: Marianne Streiff und Nik Gugger.

«Es ist von der Schöpfung her einfach nicht so angelegt, dass homosexuelle Paare Kinder bekommen können.»

Nationalrätin Marianne Streiff

aufziehen können als manches Hetero-Paar. Entscheidend für das Wohlergehen der Kinder ist doch die Beziehungsqualität und das Klima in der Familie, nicht die sexuelle Orientierung der Eltern. Entscheidend sind konstante Bezugspersonen, die dem Kind emotionale Wärme und Halt geben. Die ihm ein tragfähiges soziales Umfeld schaffen und es in seiner individuellen Entwicklung unterstützen – darauf kommt es doch an. Und wenn die Behörden weiterhin das Kindeswohl

als wichtigstes Kriterium im Auge behalten, können wir davon ausgehen, dass die strengen Auflagen für eine Adoption in allen Fällen zum Tragen kommen.

Marianne: Es geht hier überhaupt nicht um die «Erziehungstauglichkeit» eines Paares. Kinder aus Regenbogenfamilien gedeihen genauso gut wie andere, das wissen wir längst – und das war auch nie mein Punkt. Wenn eine gleichgeschlechtliche Partnerin die Kinder ihrer Partnerin im Rahmen der sogenannten Stiefkind-Adoption adoptieren will, dann doch in der Regel genau deshalb, um seine Versorgung zu sichern und ihm ein geborgenes, stabiles Zuhause zu geben.

Aber beim Zugang zur Voll-Adoption sprechen wir in den allermeisten Fällen von Kindern, die künftig künstlich gezeugt werden, um gleichgeschlechtlichen Paaren den Kinderwunsch zu erfüllen. Womit wir wieder beim Zugang zur Fortpflanzungsmedizin wären, der sich

letztlich eben nicht wirklich von allem anderen trennen lässt. Wir würden faktisch ein gesetzliches Recht schaffen, dem Kind seinen weiblichen oder männlichen Elternteil vorzuenthalten.

Nik: Die heutigen Bestimmungen zur Adoption sind aus meiner Sicht einfach absurd: Stiefkindadoption für Paare im Konkubinat und in eingetragener Partnerschaft ist möglich, ja sogar Einzelpersonen dürfen Kinder adoptieren. Nur gleichgeschlechtlichen Paaren, die heiraten wollen, soll diese Möglichkeit vorenthalten werden? Das stimmt für mich einfach nicht.

Marianne: Was die Möglichkeit zur Einzeladoption anbelangt, bin ich auch der Meinung, dass die diskutiert und abgeschafft gehört.

Marianne, Nik, vielen Dank für das Gespräch!

.....
INTERVIEW: DIRK MEISEL
LEITER KOMMUNIKATION EVP CH
 dirk.meisel@evppev.ch

ClimatePartner^o
 klimaneutral

Druck | ID: 53458-1410-1071

EHE FÜR ALLE - DARUM GEHT ES

Die parlamentarische Initiative Ehe für alle sieht die Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts per Gesetzesänderung vor. Alle Bestimmungen, die Rechte und Pflichten einer Ehe regeln, sollen künftig auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften gelten. Die Kernvorlage legt die Priorität zunächst auf die Öffnung des Zugangs zur

Ehe. Andere Rechtsbereiche wie z.B. die Hinterlassenenrenten oder der Zugang zur Fortpflanzungsmedizin sollen in nachfolgenden Revisionen geklärt werden. Ausnahme: Die Vorlage beinhaltet eine Variante, die den Zugang zur Samenspende für lesbische Paare öffnen will. Der Nationalrat diskutiert voraussichtlich in der Frühlingssession darüber.

UNTERSTÜTZUNG DER KANTONALEN WAHLEN UND WEITERBILDUNGSMÖGLICHKEITEN

Im November dieses Jahres traf sich der Parteivorstand bereits in neuer Zusammensetzung auf der Meielisalp zur jährlichen Klausursitzung. Neben einer Analyse des erfreulichen Wahlausgangs beschäftigte er sich intensiv mit den Zielen fürs Jahr 2020, den Weiterbildungsmöglichkeiten innerhalb der EVP sowie der Weiterarbeit in den Schwerpunktthemen der EVP. Und: Andrea Heger, Baselland sowie Christoph Bösing, *jevp stellen sich vor. Sie wurden an der DV Ende November neu in den Parteivorstand gewählt.

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen... – Sie kennen den alten Spruch, der natürlich auch für die EVP gilt. Schon vor Jahresfrist hat der Parteivorstand strategische Schwerpunkte bis 2023 festgelegt. Zum Start der neuen Legislatur ist es demnach der richtige Zeitpunkt, um vorzuschauen und kommende Ziele festzulegen. Dabei konnte teilweise auf die bewährten Jahresziele 2019 zurückgegriffen werden. Für 2020 möchte der Parteivorstand insbesondere die Fraktionszusammenarbeit mit CVP und BDP intensivieren und auch vertiefte Kontakte zur Verwaltung knüpfen. Ausserdem werden die Schwerpunktthemen um das ökologische EVP-Kernthema «Biodiversität & Klima»

Ich bin sehr wissbegierig und habe gerne einen breit umfassenden Gesamtblick. Die Mitarbeit im Parteivorstand ermöglicht mir, die EVP von der kommunalen bis auf die nationale Ebene zu erfahren, zu verstehen, zu verknüpfen und mitzugestalten. Einerseits sprechen mich in meiner politischen Arbeit vor Ort viele Leute sogar eher auf nationale als auf kantonale Themen an. Andererseits stossen wir aufgrund übergeordneter Gesetze und Kompetenzen auch öfters an Grenzen unseres Einflusses. Ich erhoffe mir nun, ein besseres Hintergrundwissen zu erarbeiten und dadurch kompetenter, stufengerechter und wirkungsvoller unsere Heimat mitgestalten zu können. Ich freue mich auf horizont-

ergänzt. In den Themen soll vertiefte Grundlagenarbeit in spezifischen Fragestellungen geleistet werden, die in entsprechenden Outputs (z.B. politischen Vorstössen für den Nationalrat oder die kantonalen Parlamente) mündet. Kantonalparteien sollen zudem bei kantonalen Wahlen unterstützt werden, damit dort Mandate verteidigt und neu dazugewonnen werden können. Neu konzipiert und attraktiver gestaltet werden die Anlässe der EVP Schweiz. So sollen beispielsweise Delegiertenversammlungen inhaltlich aufgewertet oder mit attraktiven Nachmittagsanlässen ergänzt werden. Angedacht ist zudem, für lokale Parteiprääsidenten und -kassiere eine neue Schulung anzubieten, die ihnen



Andrea Heger, 1974, Primarlehrerin, Familienfrau, Landrätin Baselland, Gemeinderätin Hölstein

erweiternde Diskussionen mit diesem tollen Team, in denen wir gemeinsam um das Beste für Mensch und Umwelt ringen. Und dass ich so auch für die kleinen Kantone ein wenig «in Bern» mitwirken kann.



Pause zwischen Schwerpunktthemen und Zieldiskussion

den Einstieg in die Parteiarbeit erleichtert und vor allem Synergien nutzen lässt.

ROMAN RUTZ
GENERALSEKRETÄR EVP CH
roman.rutz@evppev.ch

Schon seit langem interessieren mich strategische Fragestellungen. Die Mitarbeit im PV gibt mir einen interessanten Einblick, da hier strategisches Geschick und politische Weitsicht gepflegt werden. Als Vertreter der Jungen bin ich Bindeglied und bringe diese Stimme gerne ein, bin aber auch Lernender.

Ich erwarte mir, dass wir gemeinsam nach dem Besten streben sowohl in der Qualität unserer Arbeit, als auch in der Suche nach weisen (Vor-)Entscheidungen für unser Land. Unsere Arbeit soll Gott ehren und den Menschen dienen. Ich freue mich auf eine inspirierende und kollegiale Umgebung in diesem professionell geführten Vorstand. Schliesslich auch auf gemeinsames Ler-



Christoph Bösing, 1990, Unternehmensberater für Personalfragen, Bern

nen und auf das Vorantreiben unserer Ideen.

Foto: Dirk Meisel

Fotos: z/Vg

BEDROHT DISKRIMINIERUNGSSCHUTZ FÜR MIN- DERHEITEN DIE FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG?

Die erweiterte Anti-Rassismus-Strafnorm soll, so ihre Befürworter, Homo- und Bisexuelle vor Hass und Diskriminierung schützen. Die Gegner befürchten Zensur und sorgen sich um die Meinungsäusserungsfreiheit. Sie ergriffen das Referendum gegen das Gesetz, das deshalb am 9. Februar vors Volk kommt. Die Delegierten der EVP Schweiz diskutierten in Weinfelden intensiv und ernsthaft das Pro und Contra – am Ende fiel der Parolenentscheid derart knapp aus, dass sie mit grossem Mehr Stimmfreigabe erteilten.

Nach wie vor sind Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung Hass, Hetze und Diskriminierung ausgesetzt. Dies fällt, so die Befürworter der Erweiterung, nicht unter das Recht auf freie Meinungsäusserung. Die Meinungsfreiheit endet dort, wo die Menschenwürde anderer verletzt wird. Aufrufe zu Hass und Diskriminierung sind Verstösse gegen die Menschenrechte der Betroffenen und nicht Ausdruck der Meinungsäusserungsfreiheit.

Gesetzeslücke schliessen

Die bestehende Bestimmung des Strafgesetzbuches zum Kampf gegen die Rassendiskriminierung soll deshalb um die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung erweitert werden. Damit werde eine Gesetzeslücke geschlossen. Wer als Individuum verbal angegriffen wird, kann sich bereits heute strafrechtlich wehren. Wenn jedoch öffentlich zu Hass oder Diskriminierung von Lesben, Schwulen oder Bisexuellen als Gruppe aufgerufen wird, gibt es keinen strafrechtlichen Schutz. Auch können z.B. Vereinigungen zum Schutz der Rechte homosexueller Personen nicht wegen Ehrverletzung klagen. Unter Strafe gestellt würde der Aufruf zu Hass und Diskriminierung – wie in vielen Ländern Europas bereits der Fall.

Leistungen für die Allgemeinheit

Bestraft würde mit der erweiterten Strafnorm auch, wer jemandem aufgrund der sexuellen Orientierung eine Leistung verweigert, die für die

Allgemeinheit bestimmt ist, so etwa im Fall des Männerpaares in Lenzburg, dessen Kinder nicht in eine Kita aufgenommen wurden.

Die gängige Rechtsprechung in Sachen Anti-Rassismus-Norm ist sehr zurückhaltend und verurteilt lediglich krasse Verstösse von Herabsetzung, Hass und Diskriminierung, die wir als Gesellschaft einfach nicht dulden können. Das werde auch weiter so bleiben.

Einschränkung der freien Meinungsäusserung

Die Gegner fürchten Zensur und eine Einschränkung der Meinungsäusserungsfreiheit. Es müsse ein legitimer Standpunkt bleiben, sich kritisch mit Homo- und Bisexualität auseinanderzusetzen. Allein die latente Androhung einer Strafanzeige könne zu Selbstzensur und Verunsicherung führen. Der Kern der Meinungsäusserungsfreiheit umfasse aber das Recht, Dinge zu sagen, die anderen nicht passten.

Einschränkung der Gewerbe-freiheit

Des weiteren befürchten die Gegner eine Einschränkung der Handels- und Gewerbe-freiheit. Mit der Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm dürften künftig auch keine allgemein angebotenen Leistungen aufgrund der sexuellen Orientierung des Kunden verweigert werden. Ein Bäcker, der aus Gewissensgründen keine Hochzeitstorte für gleichgeschlechtliche Paare backen wolle, könne dann ebenso verklagt werden wie der Hotelier,



Der Diskriminierungsschutz soll erweitert werden.

der kein Doppelzimmer an Homosexuelle vermieten möchte oder eine Werbe-Agentur, die einschlägige Aufträge ablehne.

Keine Sonderrechte

Auch ein LGBT-Komitee «Sonderrechte Nein» spricht sich gegen die Erweiterung aus. Akzeptanz in der Bevölkerung lasse sich nur durch Norma-

lität erreichen. Sonderrechte würden Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle (LGBTI) stigmatisieren. Die heutigen Strafbestimmungen reichten aus.

KOMMUNIKATION EVP SCHWEIZ
info@evppev.ch

PRO

1. Aufruf zu Hass und Diskriminierung ist ein Verstoß gegen Menschenrechte und keine freie Meinungsäusserung.
2. Die Erweiterung schliesst eine Gesetzeslücke.
3. Die Anti-Rassismus-Strafnorm schützt Gruppen vor Diskriminierung und Hass, lässt aber Platz für Diskussion und freie Meinungsäusserung.
4. Die bisherige Rechtsprechung ist zurückhaltend.

CONTRA

1. Zahlreiche Handlungen können bereits heute geahndet werden. Die Strafbestimmungen reichen aus.
2. Die kritische Auseinandersetzung mit Homosexualität muss möglich bleiben. Strafantrohung führt zu Selbstzensur.
3. Die Handels- und Gewerbe-freiheit wird eingeschränkt.
4. Ein LGBT-Komitee «Sonderrechte Nein» will keine Sonderrechte, die stigmatisieren.

FÖRDERUNG JA, ABER NICHT MIT STARRER QUOTE

Die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» will am 9. Februar in die Verfassung schreiben lassen, dass künftig 10 Prozent der neugebauten Wohnungen gemeinnützig sein sollen. Die Delegierten der EVP Schweiz fassten an ihrer Versammlung Ende November mit 80 zu 19 Stimmen die Nein-Parole.

Die Initiative will in die Verfassung schreiben, dass künftig 10 Prozent der neugebauten Wohnungen durch gemeinnützige Wohnbauträger erstellt werden müssen. Mieten in solchen Wohnungen dürfen nach geförderten Sanierungen nicht ansteigen. Kantone wie auch Gemeinden dürfen Vorkaufsrechte einführen, damit Grundstücke für den gemeinnützigen Wohnungsbau erworben werden können. Der Bund müsste zudem den Kantonen und den Gemeinden ein Vorkaufsrecht einräumen, was auch für bundesnahe Betriebe wie die SBB gelten würde.

Indirekter Gegenvorschlag

Der Bundesrat hat dem Parlament als indirekten Gegenvorschlag zur Initiative einen

Rahmenkredit von 250 Millionen Franken für den Fonds de Roulement vorgeschlagen. Der mit Bundesgeldern dotierte Fonds besteht seit Jahrzehnten. Er gilt als erprobtes Instrument, um genossenschaftliches Wohnen zu fördern. Er vergibt bei Bedarf verzinsliche und rückzahlbare Darlehen für preisgünstige Neubau- und Erneuerungsvorhaben und fördert jährlich 1500 Wohnungen. Bundesrat, Nationalrat und Ständerat sprachen sich deutlich gegen die Initiative und für den Gegenvorschlag aus, sofern die Initiative zurückgezogen wird.

Die Kritik an der Initiative

Die Notwendigkeit der Wohnbauförderung gilt als unbestritten. Für die Initiative müssten jedoch jährlich 120 Millionen Franken investiert werden. Es



10 Prozent aller neugebauten Wohnungen gemeinnützig?

bräuchte eine eigene Verwaltungsindustrie. Kontrolle, Ahndung und Durchsetzbarkeit gelten als fraglich. Eine Verfassungsänderung von 10 Prozent quer über Stadt und Land wird zudem den sehr unterschiedlichen Verhältnissen im ländli-

chen Raum und in den Städten nicht gerecht, da letztere zum Teil längst Massnahmen getroffen haben.

NIK GUGGER,
NATIONALRAT EVP, ZH
nik.gugger@icloud.com

WAS SPRICHT DAGEGEN?

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <ol style="list-style-type: none"> Jährlicher Investitionsbedarf von 120 Millionen Franken. Mangelnde Kontrolle, Ahndung und Durchsetzbarkeit. Eine Verfassungsquote von 10 Prozent quer über Stadt und Land | <p>ist das falsche Instrument. Sie wird den sehr unterschiedlichen Verhältnissen im ländlichen Raum und in den Städten nicht gerecht, die zum Teil bereits längst ihre Massnahmen getroffen haben.</p> |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Anzeige

NACHRUUF

Alt Grossrätin Hedwig Vogt von der Crone ist im Alter von 104 Jahren im Herbst letzten Jahres verstorben. Bei den ersten Grossratswahlen nach Einführung des Frauenstimmrechtes in Basel-Stadt kandidierte sie 1968 auf der Liste der Vereinigung evangelischer Wähler (heute EVP) in Kleinbasel. Sie wurde auf Anhieb als eine der ersten Frauen in den Grossen Rat gewählt. Sie hatte eine natürliche Gabe, auf unterschiedlichste Menschen zuzugehen, sie



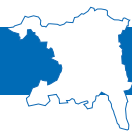
ernst zu nehmen und zu ermutigen. Hedwig Vogt übte ihr Amt 12 Jahre lang mit grossem Engagement und Humor aus. Hedwig Vogt war zudem 9 Jahre im Parlament der Bürgergemeinde Basel. Wir denken mit Dankbarkeit an ihr Wirken.

Heiner Studer, alt Nationalrat

IMPRESSUM

AKZENTE: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)
Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr
Herausgeber: EVP Schweiz, PF, 3001 Bern, 031 351 71 71, info@evppev.ch, www.evppev.ch
Redaktion und Grafik: Dirk Meisel (dm)
Adressen und Aboverwaltung: Sara Schnegg

Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp
Copyright: Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.
An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Wolfgang Ackerknecht, Astrid Bartschi, Christoph Böisinger, Nik Gugger, Andrea Heger, Gianna Luzio, Dirk Meisel, Rebecca Renfer, Roman Rutz, Marianne Streiff, Heiner Studer, Lilian Studer, André Wyss
Herzlichen Dank an alle!



NEUAUFSTELLUNG

Uriel Seibert übernahm das Präsidium der EVP-BDP-Fraktion im Aargauischen Grossen Rat von Neo-Nationalrätin Lilian Studer. Der 28-jährige Co-Präsident der *jevp Schweiz sitzt seit 2015 im Grossrat. «Es ist eine grosse Freude, eine solch engagierte und gut vernetzte Fraktion leiten zu dürfen! Als Fraktionspräsident will ich dazu beitragen, dass die EVP nebst ihrer Rolle als verbindende Kraft noch stärker als gestaltende Kraft im Kanton wahrgenommen wird», sagt Seibert. Neu für die EVP im Rat sitzt Lutz Fischer-Lamprecht. Der 52-jährige Pfarrer und Wetzinger Einwohnerrat ist Präsident der Regionalpartei Wettingen-Limmattal. «Ich freue mich, mich im Grossen Rat für Mensch und Umwelt einsetzen zu können und damit die Anliegen der EVP sichtbar zu machen.»

Uriel Seibert übernahm das Präsidium der EVP-BDP-Fraktion im Aargauischen Grossen Rat von Neo-Nationalrätin Lilian Studer. Der 28-jährige Co-Präsident der *jevp Schweiz sitzt seit 2015 im Grossrat. «Es ist eine grosse Freude, eine solch engagierte und gut vernetzte Fraktion leiten zu dürfen! Als Fraktionspräsident will ich dazu beitragen, dass die EVP nebst ihrer Rolle als verbindende Kraft noch stärker als gestaltende Kraft im Kanton wahrgenommen wird», sagt Seibert. Neu für die EVP im Rat sitzt Lutz Fischer-Lamprecht. Der 52-jährige Pfarrer und Wetzinger Einwohnerrat ist Präsident der Regionalpartei Wettingen-Limmattal. «Ich freue mich, mich im Grossen Rat für Mensch und Umwelt einsetzen zu können und damit die Anliegen der EVP sichtbar zu machen.»



Grossräte Uriel Seibert und Lutz Fischer-Lamprecht



RÜCKERBERUNG

Das Comeback feiern möchte die EVP St.Gallen bei den Wahlen am 8. März 2020. Äusserst knapp (im Werdenberg wegen 4 Stimmen!) gingen 2016 bei rekordverdächtigster Stimmbeteiligung die beiden Sitze verloren. In den Wahlkreisen St.Gallen, Werdenberg, Wil, Rorschach und Sarganserland tritt die EVP zu den Wahlen an und möchte die beiden Sitze zurückerobern. In St. Gallen, Wil und Sarganserland werden gemeinsam mit der BDP EVP-BDP-Listen eingereicht, da Listenverbindungen verboten sind. *jevp-Listen in St.Gallen, Werdenberg und Wil sollen zudem mithelfen, die Ziele zu erreichen. (Roman Rutz)

Das Comeback feiern möchte die EVP St.Gallen bei den Wahlen am 8. März 2020. Äusserst knapp (im Werdenberg wegen 4 Stimmen!) gingen 2016 bei rekordverdächtigster Stimmbeteiligung die beiden Sitze verloren. In den Wahlkreisen St.Gallen, Werdenberg, Wil, Rorschach und Sarganserland tritt die EVP zu den Wahlen an und möchte die beiden Sitze zurückerobern. In St. Gallen, Wil und Sarganserland werden gemeinsam mit der BDP EVP-BDP-Listen eingereicht, da Listenverbindungen verboten sind. *jevp-Listen in St.Gallen, Werdenberg und Wil sollen zudem mithelfen, die Ziele zu erreichen. (Roman Rutz)



Kommt es zum EVP-Comeback in den St. Galler Kantonsrat?



DEN AUFWIND NUTZEN

Bei den Grossratswahlen am 15. März 2020 gilt es, die fünf Mandate im Kantonsrat zu verteidigen und einen sechsten anzustreben. Alle bisherigen Amtsträger/innen sind bereit für den Wahlkampf unter dem Moto: «Aus Leidenschaft für Mensch und Umwelt». Sie haben sich bereits mit guten Vorstössen im Kantonsparlament eingebracht, die auch in den Medien Beachtung fanden. Erfreulich ist, dass wir in vier Bezirken auch Listen der *jevp haben. Den Bezirksvorständen sei gedankt, dass sie mit viel Engagement interessante und kompetente Persönlichkeiten gewinnen konnten. Neben einer guten Altersdurchmischung liegt der Frauenanteil zwischen 30-50% je Liste. (Wolfgang Ackerknecht)

Bei den Grossratswahlen am 15. März 2020 gilt es, die fünf Mandate im Kantonsrat zu verteidigen und einen sechsten anzustreben. Alle bisherigen Amtsträger/innen sind bereit für den Wahlkampf unter dem Moto: «Aus Leidenschaft für Mensch und Umwelt». Sie haben sich bereits mit guten Vorstössen im Kantonsparlament eingebracht, die auch in den Medien Beachtung fanden. Erfreulich ist, dass wir in vier Bezirken auch Listen der *jevp haben. Den Bezirksvorständen sei gedankt, dass sie mit viel Engagement interessante und kompetente Persönlichkeiten gewinnen konnten. Neben einer guten Altersdurchmischung liegt der Frauenanteil zwischen 30-50% je Liste. (Wolfgang Ackerknecht)



Aufwind nutzen: Die EVP Thurgau, hier Team Münchwilen



EVP KANN FINANZLOCH MIT VERHINDERN

Im Mai 2019 fand in Solothurn die Abstimmung zur kantonalen Steuervorlage statt. Diese sah eine massive Gewinnsteuersenkung für Unternehmen und als Folge jährliche Ausfälle von insgesamt 90 Millionen Franken für Kanton und Gemeinden vor. Die EVP war die einzige nicht-linke Partei, die sich aufgrund des drohenden Defizits gegen die Vorlage stemmte. Von der bürgerlichen Mehrheit im Rat noch klar durchgewunken, lehnte das Stimmvolk die Vorlage ab – knapp, mit 51.4 Prozent. Wobei man durchaus sagen kann, dass das «Nein» auch dank des Engagements der kleinen EVP zustande kam. Inzwischen liegt die zweite Vorlage vor, über die am 9. Februar 2020 abgestimmt wird. Als Mitglied der Finanzkommission hatte EVP-Kantonsrat André Wyss wesentlich daran mitgewirkt. Die neue Vorlage ist ein ausgewogener Kompromiss, hat weniger Ausfälle zur Folge und wird von der EVP unterstützt.

Im Mai 2019 fand in Solothurn die Abstimmung zur kantonalen Steuervorlage statt. Diese sah eine massive Gewinnsteuersenkung für Unternehmen und als Folge jährliche Ausfälle von insgesamt 90 Millionen Franken für Kanton und Gemeinden vor. Die EVP war die einzige nicht-linke Partei, die sich aufgrund des drohenden Defizits gegen die Vorlage stemmte. Von der bürgerlichen Mehrheit im Rat noch klar durchgewunken, lehnte das Stimmvolk die Vorlage ab – knapp, mit 51.4 Prozent. Wobei man durchaus sagen kann, dass das «Nein» auch dank des Engagements der kleinen EVP zustande kam. Inzwischen liegt die zweite Vorlage vor, über die am 9. Februar 2020 abgestimmt wird. Als Mitglied der Finanzkommission hatte EVP-Kantonsrat André Wyss wesentlich daran mitgewirkt. Die neue Vorlage ist ein ausgewogener Kompromiss, hat weniger Ausfälle zur Folge und wird von der EVP unterstützt.



Kantonsrat André Wyss



A.Z.B.
3001 Bern

GLETSCHER-INITIATIVE

113'125 Unterschriften für glaubwürdigen Klimaschutz in der Verfassung

Ende November hat Präsidentin Marianne Streiff für die EVP zusammen mit mehr als 350 Menschen die Gletscher-Initiative bei der Bundeskanzlei in Bern eingereicht. Diese bestätigte noch im Dezember, dass die Initiative mit 113'125 gültigen Unterschriften formell zustande gekommen ist.



Foto: zVG

Zahllose Solar-Lämpchen begleiteten auf dem Bundesplatz die Einreichung der Unterschriften.

Nur sieben Monate nach dem Start der Sammelphase konnte die Gletscher-Initiative bei der Bundeskanzlei in Bern eingereicht werden. Dies dank enormer Unterstützung durch zahlreiche Privatpersonen, Organisationen und Parteien, darunter auch der EVP. Das schnelle Zustandekommen der Gletscher-Initiative zeigt: Die Bevölkerung will, dass die Schweiz ihren fairen Beitrag zum weltweit nötigen Klimaschutz leistet. Sie hat den Weckruf verstanden, den das Schmelzen unserer Gletscher ausgelöst hat. Gemeinsam müssen wir die Klimaerwärmung stoppen, sonst verschlechtert sich unsere Lebensgrundlage nachhaltig. Die Gletscher-Initiative fordert: Die Schweiz muss ihre Emissionen bis spätestens 2050 auf netto null senken. Sie will dieses Ziel in der Verfassung verankern. Gerade nach dem Scheitern des Klimagipfels in Madrid muss es wenigstens auf nationaler Ebene vorwärts gehen. Aber die Schweiz steht keineswegs allein: Auch die EU hat im Dezember mit ihrem Green Deal dieses Ziel beschlossen. Der Bundesrat hat nun zwölf Monate Zeit, um die Initiative

zu beraten und dem Parlament seine Botschaft vorzulegen. Sollte er einen Gegenvorschlag ausarbeiten, verlängert sich die Frist um weitere sechs Monate.

DIRK MEISEL
LEITER KOMMUNIKATION EVP
dirk.meisel@evppev.ch



Religion und Frieden? Wir suchen Antworten – und Dich!

Willst Du Positionen für den Frieden zwischen den Religionsgemeinschaften mit erarbeiten?
Hast Du Expertise in Religionspolitik?

Aufwand ca. 4 h pro Monat für 1 Jahr. Bei Interesse oder Fragen:
anael.jambers@evppev.ch